EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Politik

Grünes Rechtepapier für Islam eine reine Propagandalüge

Berlin, 29.07.2026 [ENA]

Gehört der Islam zu Deutschland ? Was ist der Unterschied zwischen politischen Islam und dem religiösem Islam ? Normale Bürger haben den Unterschied längst kennengelernt, persönlich oder in den zahlreichen Nachrichten, die uns täglich erreichen. Bei Grünen ist Erkenntnis und Realität Fehlanzeige.

Aber wer es noch nicht gemerkt hat, wir haben und bekommen neue Feiertage für Muslime in Deutschland. Da brauchen die nicht zu arbeiten aber wir; komisch nur, das die an Feiertagen von Christen auch nicht arbeiten müssen. Und in Ramadanzeiten ? Möglichst kein Essen zu diesen Zeiten im öffentlichen Raum, in Kitas wird das Essen verschoben. Genauso wie immer mehr Fleischgerichte in Schulen und Kitas zu verbannen oder halal zuzubereiten. Und um das Ganze noch zu toppen, hatten Die Grünen versucht, einen 24 Punkte Plan mit zusätzlichen muslimischen Rechten im Bundestag zu platzieren. Als aber so einige Straftaten publik wurden und dazu noch Landtagswahlen, wurde das Papier plötzlich zurückgezogen, um es dann nach der Wahl wieder hervorzuholen.

Ich kann nicht sagen, ob und was davon eventuell beschlossen wurde, das erfahren sie als Bürger sowieso zuletzt bis gar nicht, aber ich habe das Papier und da schaue ich jetzt mal rein. Die Überschrift ist: Vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland fördern. Die Grünen wollen darin eine Kommission eingesetzt haben, die eine staatlich religiöse Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden erarbeitet. Die Deutsche Islamkonferenz soll finanziell von Deutschen Steuergeldern finanziert werden. Es soll eine Studie über Islamfeindlichkeit erstellt werden. Es soll eine muslimische Militärseelsorge geschaffen werden, muslimische Zivilgesellschaften stärker und langfristiger finanziell mit Deutschen Steuergeldern fördern.

Und deren Arbeit mehr würdigen. Desweiteren muslimische Frauenverbände, Bundesverbände, einfach alle Verbände und Einrichtungen muslimischer Natur umfassend mit Deutschen Steuergeld zu unterstützen und sichtbarer in der Gesellschaft zu machen. Muslimische Wohlfahrtspflege soll gleichgestellt werden mit etablierten Wohlfahrtsverbänden. Es soll der Bericht des „ Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit „ dringend umgesetzt werden. Maßnahmen gegen Diskriminierung in der Arbeits- und Wohnungsmarkt sollen ergriffen werden. Es sollen Meldestellen wie derzeit gegen Hass und Hetze allgemein für muslimische Belange entstehen und wenn vorhanden mit Deutschem Steuergeld besser finanziert werden.

Mehr Beratungs- und Anlaufstellen für Muslime und diese mit Deutschem Steuergeld finanziell absichern.

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Schutzmaßnahmen für Moscheen ausweiten und mit Deutschem Steuergeld finanzieren. Islamische Seesorge in Justizvollzugsanstalten und Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Einrichtung und Sicherung islamischer Grabfelder unter Beachtung religiöser Vorgaben. Islamischer Religionsunterricht soll in deutscher Sprache an staatlichen Schulen ordentliches Schulfach werden. Deutschsprachige Ausbildung von Imamen in Deutschland fördern und eigene Ausbildungsstätten etablieren. Absicherung muslimischer Feiertage durch Regelung mit Ländern, Kommunen, Tarifparteien und Arbeitgebern. Verbote im öffentlichen Dienst wie z.B. das Kopftuchverbot abschaffen.

Bericht online lesen:
https://www.european-news-agency.de/politik/gruenes_rechtepapier_fuer_islam_eine_reine_propagandaluege-94087/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Uwe Hildebrandt

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.